

KOMPASS NEWS

Januar-Februar 2024

NAUTILUS
INTERNATIONAL

The Union
newsletter for
Switzerland

Volksabstimmung am 3. März über eine 13. AHV-Rente

Jetzt drücken alle Schiffer mit Schweizer Arbeitsvertrag die Daumen

Now all skippers with a Swiss employment contract are keeping their fingers crossed

If all goes well and the forecasts are optimistic a majority of those entitled to vote in Switzerland will vote on 3 March 2023 on whether all those entitled to an AHV pension will receive an additional full monthly AHV pension once a year by 2025 at the latest.

This also applies to all non-voters without a Swiss passport who have worked or are still working under a Swiss employment contract. This means that a large proportion of Nautilus members in the domestic shipping industry will benefit !!!

Wenn alles gut läuft – und die Prognosen stimmen zuversichtlich – dann wählt eine Mehrheit der in der Schweiz Stimmberechtigten am 3. März 2023 darüber ab, ob in spätestens 2025 alle Anspruchsberechtigten einmal pro Jahr eine ganze monatliche AHV-Rente zusätzlich bekommen. Dies betrifft auch alle Nichtstimmberechtigten ohne Schweizer Pass, die mit einem Schweizer Arbeitsvertrag gearbeitet haben oder noch arbeiten. Damit also ein Grossteil der NautilusMitglieder in der Binnenschifffahrt!!!

Auszug aus dem Argumentarium des SGB:

Mieten, Krankenkassenprämien, Strom, ÖV: die steigenden Preise haben seit 2021 eine ganze Monatsrente aufgezehrt. Die Rente reicht immer weniger. Die 13. AHV-Rente gleicht diesen Kaufkraftverlust aus – für alle aktuellen und zukünftigen Rentnerinnen und Rentner. Sie ist die kostengünstigste und effizienteste Lösung gegen zu niedrige Renten. Besonders der Mittelstand, der sonst immer leer ausgeht, profitiert davon. Eine breite Allianz aus Gewerkschaften, Parteien und RentnerInnen-Organisationen betreibt die Abstimmungskampagne für die 13. AHV-Rente. Mit einer durchschnittlichen AHV-Rente von knapp 1'800 Franken pro Monat ist die AHV heute deutlich zu niedrig. Die Rentenlücke wird immer besorgniserregender, und die

steigenden Lebenshaltungskosten verschärfen das Problem. «Menschen, die von einem durchschnittlichen Einkommen gelebt haben, wissen schlicht nicht mehr, wie sie über die Runden kommen sollen. Unsere Initiative für eine 13. AHV-Rente bietet eine konkrete Lösung an, die alle Rentnerinnen erreicht – auch die Mittelschicht, die auch unter der Teuerung leidet», erklärt Pierre-Yves Maillard, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds und SP-Ständerat. Eine Stärkung der AHV lohnt sich für 90 Prozent der Erwerbstätigen.

Effiziente und sichere Lösung

In der 2. Säule gibt es weder einen Schutz vor Inflation noch garantierte Rentenleistungen für die Lohnbeiträge. Seit Jahren zahlen die Versicherten immer höhere Lohnbeiträge in die Pensionskassen ein, während die Renten stetig sinken. Und jetzt will das Parlament die Leistungen in der 2. Säule sogar noch weiter senken, obwohl die finanzielle Lage der Pensionskassen hervorragend ist. Besonders dreist ist dabei, dass die Versicherungen und Pensionskassen mit den Rentengeldern der Arbeitnehmenden weiterhin uneingeschränkt verdienen sollen. Mittlerweile zweigen sie jedes Jahr 7 Milliarden Franken von unserem Ersparnen ab. Genau das Gegenteil ist bei der AHV der Fall: Der Beitragssatz ist stabil und die Verwaltungskosten sind niedrig. Die AHV ist damit nicht nur die sozialste, sondern auch die effizienteste und sicherste Form der Altersvorsorge.

Die AHV ist stabil

Die aktuellen Finanzprognosen des Bundes für die AHV bestätigen: Die finanzielle Lage der AHV ist stabil. Sie erzielt in den kommenden

Jahren rund 3 Milliarden Franken Überschuss jährlich. Im Gegensatz zu den dauernden düsteren Prognosen wird das Vermögen der AHV bis zum Ende des laufenden Jahrzehnts auf 67 Milliarden Franken ansteigen. Das sind etwa 20 Milliarden Franken mehr als heute.

Dies ist der Initiativtext, über den abgestimmt wird

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert: Art. 197 Ziff. 12, Übergangsbestimmung zu Art. 112 (Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung)

1 Bezügerinnen und Bezüger einer Altersrente haben Anspruch auf einen jährlichen Zuschlag in der Höhe eines Zwölftels ihrer jährlichen Rente.

2 Der Anspruch auf den jährlichen Zuschlag entsteht spätestens mit Beginn des zweiten Kalenderjahres, das der Annahme dieser Bestimmung durch Volk und Stände folgt.

3 Das Gesetz stellt sicher, dass der jährliche Zuschlag weder zu einer Reduktion der Ergänzungsleistungen noch zum Verlust des Anspruchs auf diese Leistungen führt.

• Alle Informationen, Materialien und Mitmachmöglichkeiten zur 13. AHV-Rente finden sich auf www.AHVx13.ch

13. AHV-Rente
am 3. März **JA**

UNSERE BÜROS

BÜRO SCHWEIZ

Rebgasse 1
4005 Basel
Switzerland
Tel: +41 (0)61 262 24 24
Email: infoch@nautilusint.org

BÜRO NIEDERLANDEN

Pegasusweg 200
3067 KX
Rotterdam
Tel: +31 (0)10 477 1188
Email: infonl@nautilusint.org

Terminkalender

18. Januar

CASS Runder Tisch, Soziale Sicherheit, Den Haag

31. Januar

SGB Vorstand ,Bern

5. Februar

Sectoral Social Dialogue, Brüssel

6. Februar

Section Meeting ETF, Brüssel

15. Februar

Delegationssitzung der Schweiz bei der ZKR, Basel

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser

Wir erleben derzeit einen rasanten Stimmenzuwachs von rechtsnationalen Parteien bei Wahlen in nahezu allen europäischen Ländern. In der Schweiz wurde die SVP bei den Nationalratswahlen im Oktober 2023 mit 30% stärkste Partei, ebenso wie die in den Niederlanden die Partij voor de Vrijheid mit Geerd Wilders im November 2023. In Deutschland sehen Umfragen die AFD in mehreren Bundesländern vor den Wahlen 2024 vorne. Stets ist dabei eine angebliche Bedrohung der jeweiligen Gesellschaften durch Zuwanderung und Migration ein zentrales Thema, mit dem die rechten Parteien punkten. Diese Entwicklung ist nicht nur aus humanistischer Perspektive besorgniserregend, sondern auch für uns Gewerkschaften. Nicht umsonst hiess es in der Geschichte der Arbeiterbewegung früher: „Die Arbeiter haben kein Vaterland“ oder später: Die Grenze verläuft nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen Oben und Unten“. Dahinter stand die Überzeugung, dass Nationalismus und Rassismus vom Konflikt zwischen Unternehmen und Arbeitern ablenken und stattdessen Hass auf „fremdländische“ Sündenböcke lenken. In unserer Branche – der Schifffahrt – gibt es Gott sei Dank sehr viele Angestellte auf den Schiffen, die täglich mit KollegInnen verschiedenster Herkunft zusammenarbeiten und derlei Propaganda nicht auf den Leim gehen. Hier spielt die Herkunft keine Rolle, sondern die Frage, ob jemand gut



Holger Schatz
Nationalsekretär Nautilus Schweiz

zusammenarbeitet. Aus diesem Grunde können wir den Appell der freien ukrainischen Gewerkschaften (siehe Seite 4) nur teilweise zustimmen, fordern Sie ja, dass z.B. russische GewerkschaftsvertreterInnen von internationalen Netzwerken pauschal ausgeschlossen werden sollen. Ganz gleich ob Sie nun den brutalen, völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Putins kritisieren oder einfach nur weil sie RussInnen sind. Eine solche Pauschalisierung ist letztlich Geist vom Geist des unsäglichen nationalistischen Denkens.

Editorial in English

Dear reader

We are currently experiencing a rapid increase in votes for rightwing nationalist parties in elections in almost all European countries. In Switzerland, the SVP became the strongest party in the National Council elections in October 2023 with 30%, as did the Partij voor de Vrijheid with Geerd Wilders in the Netherlands in November 2023. In Germany, polls see the AFD in the lead in several federal states ahead of the 2024 elections. An alleged threat to the respective societies from immigration and migration is always a central theme with which the rightwing parties score points. This development is not only worrying from a humanist perspective, but also for us trade unions. It was not for nothing that the labour movement in history used to say: "The workers have no fatherland" or later: "The border does not run between the peoples, but between above and

below". This was based on the conviction that nationalism and racism distract from the conflict between companies and workers and instead direct hatred towards "foreign" scapegoats. In our industry – the shipping industry – there are thankfully many employees on ships who work with colleagues of different origins and do not fall for such propaganda. Origin does not play a role here, but rather the question of whether someone works well together. For this reason, we can only partially agree with the appeal of the free Ukrainian trade unions (see page 4), as they demand, for example, that Russian trade union representatives should be excluded from international networks across the board. Regardless of whether they support Putin's brutal war or simply because they are Russian. Such a generalisation is ultimately the spirit of unspeakable nationalist thinking.

Holger Schatz, National Secretary Nautilus Switzerland

Inland waterways: a key moment for workers' rights

At the first ILO meeting on inland waters in 30 years, workers had their say on the future of the sector

In November 2023 the International Labour Organization (ILO) held its first meeting on inland waterways since 1992 in Geneva – an opportunity for unions, including Nautilus International's Switzerland branch, to promote decent employment on an international basis in discussions with representatives of government and industry. The International Transport Workers' Federation (ITF) was also there to support the unions. The collective goal was to improve the inconsistent standards in the sector, where some waterways operate safety rules based on regional reach, whilst other regions lack effective regulations and have high numbers of informal workers.

What was at stake?

'The technical meeting was about consolidating the strongly divergent interests of the three groups involved – labour, government and industry – into realistic recommendations for the ILO,' explains Nautilus industrial organiser Piet Doerflinger.

'This process was very intensive and required countless meetings and consultations within the individual groups. It took five days of negotiations, but the consensus building process was ably moderated by the Norwegian chairperson, Mr Henrik Munthe.'

'Our positions as workers were very skilfully and tenaciously represented by our group's chairperson Mr Yury Sukhorukov, despite the expected resistance from the other two interest groups.'

The ITF sees this as a critical moment to embed labour rights in the industry's future, stating that the meeting was the beginning of a process to elevate the status of the sector and increase its market share while also ensuring it promotes decent employment.

Nautilus's contribution

During the meeting the workers' delegation raised matters that are important to improve the working and living conditions of inland waterways workers.



Delegates gathered in Geneva from labour organisations, industry and government to set a new course for the sector Image: ILO

'My involvement consisted of contributing to the consultations within the labour group in an advisory capacity,' says Mr Doerflinger. 'Important points for me were the inclusion of three aspects into the recommendations: the monitoring of the implementation of labour rights by trade unions and tripartite commissions onboard and at the companies; the right of trade unions to access the workplace; the explicit mention of hospitality and entertainment personnel on passenger vessels as a vulnerable group.'

'In the recommendations to the ILO, the wording 'strengthen systems of inspection of labour conditions on board IWW vessels, including through adequate resources, qualified inspectors and harmonisation of inspections among riparian states' and 'promote the ratification of international labour conventions and the effective implementation of the international labour standards and other ILO instruments relevant to the IWW sector' was adopted. In addition, "decent work challenges" were declared for people working on river cruise ships. So yes, Nautilus was able to make a contribution.'

The fight will go on, however. 'Many workers on the world's waterways are seeing a decline in their working conditions and a reduction in their pay and training,' says ITF officer Fabrizio Barcellona. 'This is due to globalisation, market consolidation and increasing deregulation in the sector.' In this context, the positive outcome of the meeting is all the more important.

Key issues agreed

The three parties recognised that:

- the lack of national and transnational legal frameworks can lead to unfair competition
- transition to formal employment in the sector is a priority
- collective bargaining can lead to improved working conditions
- decent working conditions are crucial to attract women and young people into the sector
- regulations for all workers are important in areas such as hours of work and rest, medical care, social protection, repatriation, wages, contracts and operational crewing levels
- the creation, attraction and retention of decent jobs in the sector must be promoted
- universal access to social protection systems for workers, regardless of nationality, must be promoted
- enforcement, including through regular inspection of vessels, is critical to improving conditions
- skills development is an absolute priority given new technological developments

Read the full recommendations: www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/ed_dialogue/sector/documents/meetingdocument/wcms_905528.pdf

Rob Coston, Nautilus.

Originally published for Telegraph, December 2023

Angriffskrieg gegen die Ukraine und Gewerkschaften

Am 29. September 2023 fand ein Kolloquium der SGB-Kommission für Internationales statt. Eingeladen waren u.a. der Ukrainische Gewerkschaftsbund FPU (Oleksander Shubin) sowie die Ukrainische Botschaft in der Schweiz (Andrii Briuchenko). Oleksander Shubin (hier im Bild während einer Live Schalte bei SGB Kongress von 2022) erzählte wie auch unter den Bedingungen des Krieges, respektive dem Kriegsrecht, gewerkschaftliche Arbeit in der Ukraine möglich ist und unterstützt werden kann.



Im Folgenden dokumentieren wir einen aktuellen Aufruf der ukrainischen Gewerkschaften, den wir prinzipiell unterstützen. Kritisch ist jedoch, dass hier pauschal z.B. russische GewerkschaftsvertreterInnen von internationalen Netzwerken ausgeschlossen werden sollen, ganz gleich, ob Sie nun den brutalen, völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Putins

kritisieren oder einfach nur weil sie RussInnen sind. Below we document a current appeal by Ukrainian trade unions, which we support in principle. However, it is critical that Russian trade union representatives, for example, are to be excluded from international networks across the board. Regardless of whether they criticise Putin's brutal war of aggression, which violates

international law, or simply because they are Russian. Such a generalisation is ultimately the spirit of unspeakable nationalist thinking.

APPEAL
of the Confederation of Free Trade Unions of Ukraine to the Trade Unions, Parliaments, and Governments of Democratic Countries, International Partners, and International Organizations



The new year of 2024 in Ukraine began with horrific massive Russian missile attacks on the sleeping, peaceful cities of Ukraine. In total, only during the holidays from December 29, 2023, to January 2, 2024, Russian forces killed 90 civilians during the missile attacks. In only 5 days, Russia launched 500 missiles and UAVs at residential areas, businesses, hospitals, educational institutions, and cultural heritage sites in Ukraine. Every day, residents of our peaceful cities die at the hands of Russia, with hundreds of people injured and acquiring disabilities. We are forced to live and work in a state of permanent stress and anxiety. Today, Ukrainians are paying a high price for freedom and for peace in Europe.

The Confederation of Free Trade Unions of Ukraine, as the voice of Ukrainian workers – miners, metallurgists, energy workers, teachers, doctors, entrepreneurs, and others – draws attention to the need to take decisive measures to protect Ukraine and

to deter the intentions of the aggressor country Russia from rewriting international law and redrawing the map of modern Europe.

We appeal to the governments of countries and the international community to speed up the provision of military aid to our country, including the provision of additional air defense systems, long-range missiles, drones, etc. International partners, by providing weapons, save thousands of lives during missile attacks by Russian troops.

We also call on international partners:

To continue providing economic and humanitarian aid to Ukraine.

To strengthen sanctions against the terrorist regime of Russia, as this can significantly limit the financial resources and export of technology necessary for the continuation of the bloody war.

To ensure the possibility of using frozen Russian assets to direct them to help Ukraine.

To isolate and remove from work in international organizations Russian political, public, and trade union figures, as representatives of a country that carries out terrorist activities against sovereign, independent Ukraine and its citizens.

We call on representatives of the international and European trade union community to call the governments of your countries to continue providing humanitarian aid and military aid to Ukraine.

We would like to thank everyone who supports and provides assistance to Ukraine in this difficult time for the Ukrainian people.

We believe that joint efforts will help stop Russian aggression, which is not only destroying Ukraine, but also undermining economic, energy, ecological, and food stability both in Europe and around the world.

Mykhailo Volynets, Chairperson of the Confederation of Free Trade Unions of Ukraine.

